

Festsetzungs- und Zahlungsverjährung bei kommunalen Abgaben (neues Online-Seminar)

– Grundsteuer, Gewerbesteuer, Aufwandsteuern und Beiträge –

Die Frage, ob eine kommunale Abgabe noch festgesetzt oder eine bereits festgesetzte Forderung noch erhoben werden darf, gehört zu den besonders fehleranfälligen Bereichen des Abgabenrechts. Dabei kommt es nicht nur auf die jeweilige Verjährungsfrist an, sondern auch auf deren Beginn sowie mögliche Hemmungs- und Unterbrechungstatbestände. Das Seminar behandelt die Festsetzungs- und Zahlungsverjährung abgabenartenübergreifend anhand von Grundsteuer, Gewerbesteuer, örtlichen Aufwandsteuern und kommunalen Beiträgen. Die Teilnehmenden lernen eine einheitliche Prüfungssystematik kennen und wenden diese auf unterschiedliche Abgabenarten an. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der konkreten Fristberechnung sowie den unterschiedlichen Zugangswegen zur Abgabenordnung.

Schwerpunkte

- Bedeutung der Verjährung im kommunalen Abgabenverfahren
- Entstehung und Erlöschen kommunaler Abgabenansprüche
- Anwendbarkeit der AO bei unterschiedlichen kommunalen Abgaben
- Verjährung bei Grundsteuer und Gewerbesteuer, bei örtlichen Aufwandsteuern (z. B. Hundesteuer, Zweitwohnungsteuer und Vergnügungssteuer) und bei kommunalen Beiträgen (z. B. Erschließungs- und Ausbaubeiträge)
- Abgrenzung von Festsetzungs- und Zahlungsverjährung
- Festsetzungsverjährung nach §§ 169–171 AO
- Beginn und Dauer der Festsetzungsfrist
- Anlaufhemmungen
- Ablaufhemmungen und ihre praktische Bedeutung
- Besonderheiten bei Grundlagen- und Folgebescheiden
- Fristberechnung nach AO und BGB
- Zahlungsverjährung nach §§ 228–232 AO
- Beginn und Dauer der Zahlungsverjährung
- Unterbrechung der Zahlungsverjährung nach § 231 AO
- typische Unterbrechungshandlungen, insb. Mahnung, Vollstreckungsmaßnahmen, Stundung und Ermittlungsmaßnahmen
- Rechtsfolgen des Eintritts der Verjährung
- vergleichende Praxisfälle aus den unterschiedlichen Abgabenarten
- Prüfungsschemata für die kommunale Praxis
- Bedeutung der Verjährung im kommunalen Abgabenverfahren
- Entstehung und Erlöschen kommunaler Abgabenansprüche
- Anwendbarkeit der AO bei unterschiedlichen kommunalen Abgaben
- Verjährung bei Grundsteuer und Gewerbesteuer, bei örtlichen Aufwandsteuern (z. B. Hundesteuer, Zweitwohnungsteuer und Vergnügungssteuer) und bei kommunalen Beiträgen (z. B. Erschließungs- und Ausbaubeiträge).

- Abgrenzung von Festsetzungs- und Zahlungsverjährung
- Festsetzungsverjährung nach §§ 169–171 AO
- Beginn und Dauer der Festsetzungsfrist
- Anlaufhemmungen
- Ablaufhemmungen und ihre praktische Bedeutung
- Besonderheiten bei Grundlagen- und Folgebescheiden
- Fristberechnung nach AO und BGB
- Zahlungsverjährung nach §§ 228–232 AO
- Beginn und Dauer der Zahlungsverjährung
- Unterbrechung der Zahlungsverjährung nach § 231 AO
- typische Unterbrechungshandlungen, insb. Mahnung, Vollstreckungsmaßnahmen, Stundung und Ermittlungsmaßnahmen
- Rechtsfolgen des Eintritts der Verjährung
- vergleichende Praxisfälle aus den unterschiedlichen Abgabenarten
- Prüfungsschemata für die kommunale Praxis

Preis

195.00 € zzgl. 19% MwSt.

Referent/-in

Joachim Weiler

Joachim Weiler, Hochschuldozent an der Hochschule für öffentliche Verwaltung Rheinland-Pfalz. Er verfügt über langjährige praktische Verwaltungserfahrung und war unter anderem in einer Kommunalverwaltung sowie als Leiter der Stabsstelle Finanzen und Organisation der Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz tätig.

Seminarteilnehmende

Mitarbeitende aus kommun. Steuer- u. Abgabenstellen, Kassen, Vollstreckungsstellen, Kämmereien u. Rechnungsprüfungsämtern sowie Beschäftigte, die kommun. Abgaben festsetzen, erheben oder Verjährungsfragen beurteilen müssen

Ort und Datum

Online

16-03-2027 (09:00 - 15:00 Uhr)